

Kuhhandel im Stadtrat: Öffentliche Mittel für Privatschutzwache am Tagelöhnermarkt genehmigt

Die LHS wird bis zu 20.000 Euro im Jahr für den privaten Security-Service am Tagelöhnermarkt ausgeben – dies beschloss der Stadtrat letzten Dienstag¹. Für die Initiative Zivilcourage ist das eine weitere Kampfansage an die Armen – diesmal mit öffentlichen Geldern für privatisierte Sicherheitsorgane.

Der Entschluss kam im Paket mit der Verlängerung des Infozentrums Migration und Arbeit. Die Forderungen des Thea-Ge Geschäftsführers Michael Grill wurden so in einem Kuhhandel gebunden an ein soziales Projekt, das den Arbeitsuchenden Perspektiven eröffnen und ihre Diskriminierung bekämpfen, statt sie aus dem öffentlichen Raum vertreiben sollte.

Die „TheaGe“ beschäftigt zusammen mit einigen anderen Geschäftsleuten einen privaten Security Service an der Ecke Goethe/Landwehrstraße, der ausschließlich dazu beauftragt ist, meist bulgarische Arbeitssuchende, die sich an der Kreuzung aufhalten, zu drangsaliieren. Grill stellte sein Interesse klar: „Jetzt geht es um die Frage: Wer hat hier das sagen!“².

Die Sicherheitsmänner dürfen legaler Weise nur eingreifen, wenn Privateigentum belangt wird. Tatsächlich werden die Arbeitsuchenden aber regelmäßig von öffentlichen Gehsteigen vertrieben, das Auswahlkriterium ist dabei ganz offenbar die aufgrund der äußeren Erscheinung vermutete Herkunft. Alle Menschen haben aber das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Ein Infoblatt über die Rechte im öffentlichen Raum der Initiative Zivilcourage hat einer der Privatschutzwachen vor ihren Augen zerrissen.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, dass es sinnvoller wäre, Sitzgelegenheiten an der Kreuzung zu schaffen, als ihnen den Kampf anzusagen. Statt mit den Arbeitsuchenden gemeinsam Lösungen für ihre prekäre Situation zu suchen, werden sie mit Schmutz und Kriminalität gleichgesetzt und aus dem öffentlichen Raum mit privatisierter Gewalt vertrieben. Und nun zahlt auch noch die Stadt dafür!

„Wir werden hier behandelt wie Hunde! Dabei tun wir niemandem was zu leide. Wo sollen wir den hin, wenn wir uns nicht mal mehr auf der Straße aufhalten dürfen?“

„Wir finden Arbeit, werden meist gut bezahlt, sonst wären wir nicht hier. Trotzdem kommt es immer wieder zu Betrug. Um dagegen vorgehen zu können, wünschen wir uns Unterstützung und Augenhöhe!“

Nicht die bulgarischen Arbeiter_innen und ihre Präsenz sind das Problem, sondern niedrige Löhne, hohe Mieten, soziale Ausgrenzungen und rassistische Sauberkeitsphantasien. Immerhin sind sie freizügig, und dürfen sich im öffentlichen Raum aufhalten. So treffen sie sich schon seit Jahren im Bahnhofsviertel, um Arbeit zu finden. Sie bauen Hochhäuser und Wohnanlagen, putzen U-Bahnhöfe, öffentliche Ämter und Schulen in der „Weltstadt mit Herz“.

Nächsten Dienstag (28. April, 10-13 Uhr) laden wir ein zu einem Infostand an der Ecke Goethe/Landwehrstraße. Hier werden wir über Arbeitsrechte und das Recht auf Aufenthalt im öffentlichen Raum informieren.

Kontakt: Initiative Zivilcourage, inizivi@gmx.de, 0176 45652051

¹ Siehe, <http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/TOP/3652097.pdf>

² In der SZ vom 13.8.2013, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/treff-fuer-tageloehner-im-bahnhofsviertel-aerger-mit-den-schwarzarbeitern-1.1757969>